

Jens Gieseke

AUF DER SUCHE NACH DER SCHWEIGENDEN MEHRHEIT OST

Die geheimen Infratest-Stellvertreterbefragungen und die DDR-Gesellschaft 1968–1989

1. Volksmeinung und ihre Erforschung

Konrad H. Jarausch hat in seiner Analyse des geteilten Nachkriegsdeutschlands den Wandel der Wertorientierungen in der deutschen Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt und nach den ebenso widersprüchlichen wie langfristigen Prozessen innerer Demokratisierung gefragt.¹ Während diese Entwicklungen für Westdeutschland auf der Basis einer breiten und vielfältigen Forschungslandschaft zu analysieren sind, steht die Untersuchung von Wertorientierungen in der DDR-Gesellschaft vor grundlegenden methodischen Schwierigkeiten. Wie Jarausch herausarbeitet, war zwar die Ausgangslage der auseinanderdriftenden Gesellschaften von vielen gemeinsamen postfaschistischen Hypothesen geprägt. Die Angebotssituation für eine Neuorientierung war aber von einer grundlegenden Asymmetrie geprägt. Die ostdeutschen Werte eines Aufbaus des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild erwiesen sich zunehmend als trügerisch und wirkten auf Dauer über eine Minderheit des systemloyalen SED-Milieus hinaus bestenfalls im Hinblick auf einzelne Elemente überzeugend, nicht aber als in sich geschlossene Weltanschauung. Mit dem fürsorgediktatorischen Angebot der 1970er-Jahre gingen durchaus attraktive Werte wie Egalitarismus und soziale Sicherheit ins Rennen.² Von früh an entwickelte allerdings der westliche Wertekanon Sogkraft

1 Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, München 2004.

2 Ders., Care and Coercion: The GDR as Welfare Dictatorship, in: ders. (Hg.), *Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR*, New York 2004, S. 47-69; Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt a.M. 1992, S. 15-22.

in den Osten, sei es in Bezug auf politische Orientierungen, Populärkultur oder Ansprüche an Konsumstandards und Lebensqualität. Zugleich wirkten obrigkeitstaatliche Traditionen in der autoritär-paternalistischen politischen Kultur des Parteistaates fort. Über das Zusammenspiel und den Wandel in den Mischungsverhältnissen dieser Wertorientierungen fehlt es an belastbarem Wissen.

Einen deutlichen Kulminationspunkt hatte die »Umkehr« im Falle der DDR in der demokratischen Revolution von 1989, also einer Demokratisierung nicht auf der Basis langwieriger und zunächst aufgezwungener Umerziehung wie im Westen, sondern in Form eines aus eigener Kraft und Überzeugung gespeisten Umsturzes der Diktatur. Dieses Faktum erfüllt einige seiner Akteure und Chronisten mit Stolz gegenüber den Nutznießern der geschenkten Demokratie im Westen.³ Gleichwohl ist es ausgesprochen schwierig, diesen zeitlich langen Weg nachzuzeichnen, was die inneren Einstellungen zu Fragen von Demokratie, politischen Wertorientierungen und Haltungen zur Politik in der DDR-Bevölkerung anbelangt.

Der sichtbarste Pfad ist die Entstehung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Kommunikationsformen in den Oppositionsgruppen der DDR sowie in der evangelischen Kirche.⁴ Vieles spricht aber dafür, dass die Haltungen und Positionen dort nicht identisch waren mit denen der breiten Bevölkerung. Erst im Sommer 1989 verknüpften sich die Handlungsstränge von organisierter Opposition, Ausreisebewegung und größeren Bevölkerungsgruppen, die offenkundig von unterschiedlichen Wertpräferenzen aus agiert hatten.⁵ Dies zeigen nicht nur die fortgesetzten Konflikte zwischen Dissidenten und Ausreiseantragstellern, sondern auch die erneute Aufspaltung der revolutionären Bewegung nach der Maueröffnung sowie die anschließende Marginalisierung der organisierten Dissidenten und ihrer Dritter-Weg-Konzepte. Die historische Forschung steht daher vor der Aufgabe, die tatsächlichen Werthaltungen der lange Zeit »schweigenden Mehrheit« genauer zu untersuchen und auf die subkutanen Potentiale abzuklopfen, die Ende der 1980er-Jahre in Handlungswillen und Handlungsmacht umschlugen und der Demokratiebewegung die Richtung gaben.

Das Bild dazu ist noch immer rätselhaft: Die DDR-Bevölkerung scheint im Vergleich zur lebendigen Protestkultur in Polen oder dem schleichenden Systemwandel in Ungarn sehr lange stillgehalten zu haben, dann aber den Sturz des kommunistischen Regimes entschlossen angegangen zu sein. Und eben diese »schweigende Mehrheit« gab bekanntlich mit dem Wahlergebnis von 18. März 1990 ein klares Votum für einen

3 Ehrhart Neubert, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2009; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009.

4 Jarausch, *Umkehr* (Anm. 1), S. 249-278; Leonore Ansorg u.a. (Hg.), »Das Land ist still – noch!« *Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989)*, Köln 2009; vgl. für Polen Agnes Arndt, *Intellektuelle in der Opposition. Diskurse zur Zivilgesellschaft in der Volksrepublik Polen*, Frankfurt a.M. 2007.

5 Detlef Pollack, Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 41-81; Steven Pfaff, *Exit-Voice Dynamics and the Collapse of East Germany. The Crisis of Leninism and the Revolution of 1989*, Durham 2006.

schnellen, geradezu überstürzten Beitritt zur Bundesrepublik, vertrat allerdings in wenig später erstellten Meinungsumfragen mit ebenso breiter Mehrheit die Aussage »Der Sozialismus ist eine gute Sache, die nur schlecht ausgeführt wurde« – und daran hat sich in Ostdeutschland bis heute nichts geändert.⁶

Doch wie sah es vor 1989 aus? Die Rekonstruktion von Werthaltungen und »Volksmeinungen« der ostdeutschen Bevölkerung ist schwierig. Wahlergebnisse, Medienbeiträge oder andere direkte Artikulationsformen geben keine Auskunft. Mehr noch: Es fehlten weitgehend der Raum und die Dynamik der autonomen Artikulation und damit eines gesamtgesellschaftlichen Verständigungsprozesses im kontroversen Austausch. Gleichwohl gab es ein Ensemble von »nicht-öffentlichen« Meinungen, die im privaten Raum, aber auch in »kleinen Öffentlichkeiten« des halb-privaten Meinungsaustausches (Arbeitsplatz, Warteschlangen, Verkehrsmittel etc.) und gelegentlich im Rahmen von Veranstaltungen (zum Beispiel in Kirchen oder bei Schriftstellerlesungen) artikuliert wurden.⁷

Die Forschung hat versucht, diese »Volksmeinung« (im Sinne des englischen »popular opinion«) durch den Rückgriff auf Eingabenanalysen und retrospektive Interviews zu erschließen. Dabei zeigten sich allerdings methodische Grenzen: Die – als solche vordemokratische – Eingabenpraxis lebte gerade von der system- und herrschaftskonformen Artikulation persönlicher Vorstellungen und Wünsche. Daraus ergab sich ein eingeeignetes Themenspektrum und eine instrumentelle, gelegentlich geradezu kunstvolle Rhetorik des »Sagbaren«. ⁸ Retrospektive Befragungen und Interviews sind hingegen massiv durch die Vereinigungskrise geprägt und werden zudem fast immer mit jenen ehemaligen DDR-Einwohnern durchgeführt, die nach 1990 in Ostdeutschland geblieben sind – was angesichts einer nach Millionen zu zählenden Westmigration vor und nach 1989 offenkundig die Ergebnisse verzerrt. ⁹ Als ertragreicher haben sich Mikrostudien erwiesen, die nach den verdeckten Mehrdeutigkeiten im scheinbar politisch monochrom strukturierten Lebensalltag fahnden. Sie zeigen, dass es so

6 ALLBUS – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Datenhandbuch 1980–2006, ZA 4241, Mitarbeit: Michael Terwey, Arno Bens, Stefan Baltzer, Köln/Mannheim 2007, V 109, S. 115. Den dortigen Ergebnissen zufolge lag der höchste Wert (»stimme voll oder eher zu«) zwischen 72,3 % (1992) und 81,2 % (1994).

7 Jürgen Gerhards/Friedhelm Neidhardt, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Stefan Müller-Doohm/Klaus Neumann-Braun (Hg.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation*, Oldenburg 1991, S. 31-90, hier S. 34f.

8 Vgl. die Beispiele bei Ina Merkel (Hg.), *»Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation!« Briefe an das Fernsehen der DDR*, Köln 1998, stark erweiterte Neuauflage. Berlin 2000.

9 Vgl. Mary Fulbrook, »Normalisation« in the GDR in Retrospect: East German Perspectives on their Own Lives, in: dies. (Hg.), *Power and Society in the GDR, 1961–1979. The »Normalisation of Rule«?*, New York 2009, S. 278-319; zur Kritik: Thomas Lindenberger, Normality, Utopia, Memory, and Beyond: Reassembling East German Society, in: *German Historical Institute London Bulletin* 33 (2011) H. 1, S. 67-91; Ralph Jessen/Jens Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, S. 16-60, hier S. 55-58.

etwas wie einen erforschbaren kommunikativen Raum gegeben hat, und dass die Wandlungen dort wichtige Hinweise auf die subkutane Vorgeschichte der »explosionsartigen Rückmeldung«¹⁰ der Zivilgesellschaft von 1989 geben können.¹¹

Die Herausforderung besteht darin, die Ergebnisse dieser Forschungen zurück auf die Makroebene der Gesamtgesellschaft zu heben. Einen Ansatzpunkt dafür bieten Quellenserien, die es ermöglichen, über längere Zeiträume unter relativ kontrollierten Rahmenbedingungen auf der Ebene der Gesamtgesellschaft bzw. auf Basis möglichst repräsentativer Stichproben die Frage nach Wertorientierungen und ihren Artikulationsformen zu untersuchen. Hierunter fallen die schon häufiger verwendeten Ergebnisse der DDR-Demoskopie und quantitativen Sozialforschung sowie die Berichtsreihen der SED, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sowie der anderen Parteien und Massenorganisationen.¹² Diese – in den Ergebnissen durchweg geheimen – Erhebungen dienten der Politikberatung und waren für die Systemstabilität (bzw. im Falle der Nichtbeachtung: ihren Verlust) von essentieller Bedeutung.¹³ Sie unterlagen allerdings in ihrer Wissensproduktion der diktatorischen Gesellschaftsverfassung und ihrer normativen, sich auf »historische Gesetze« berufenden Legitimation. Diese Rahmenbedingungen haben aufgrund der damit einhergehenden Perspektiven, semantischen Festlegungen sowie Tabuisierungen und Kriminalisierungen eine (im Einzelfall unterschiedlich intensive) formierende Wirkung auf Fragestellung und Auswertung.

Ein Korrektiv bietet die westliche Gegenüberlieferung. Denn auch in der Bundesrepublik gab es Akteure und Forscher, die wissen wollten, was DDR-Bürger dachten, gleich ob sie dies als Ausdruck des Alleinvertretungsanspruchs, der Gegnerbeobachtung oder eines gesellschaftskritischen Interesses verstanden. Neben den einschlägigen Berichten des Bundesnachrichtendienstes, die zumindest partiell und schrittweise zugänglich gemacht werden,¹⁴ gab es auch demoskopische Bemühungen: das Befragungsprogramm des Meinungsforschungsinstituts Infratest (München) im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen.

10 Jarausch, *Umkehr* (Anm. 1), S. 249.

11 Jan Palmowski, *Inventing a Socialist Nation. Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR 1945–1990*, Cambridge 2010; Andrew I. Port, *Conflict and Stability in the German Democratic Republic*, Cambridge 2007; Renate Hürtgen, *Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz*, Göttingen 2014; Thomas Lindenberger, *Die Diktatur der Grenzen: Zur Einleitung*, in: ders. (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999, S. 13–44; vgl. ferner zur Sowjetunion: Alexei Yurchak, *Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, Princeton 2006.

12 Vgl. Jens Gieseke, *Bevölkerungstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er-Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (2008), S. 236–257.

13 Zur Funktion von Berichtskanälen in kommunistischen Regimen vgl. Martin K. Dimitrov, *Understanding Communist Collapse and Resilience*, in: ders. (Hg.), *Why Communism Did Not Collapse. Understanding Authoritarian Regime Resilience in Asia and Europe*, New York 2013, S. 3–39, hier S. 6f.

14 Der BND hat mittlerweile Teile seiner Lageberichte für das Bundeskanzleramt dem Bundesarchiv zugeführt und damit der Forschung geöffnet. Vgl. Klaus Wiegrefe, *Volten im Wendejahr*, in: *Spiegel*, 12.10.2009, S. 44–50. Zum Volksaufstand vom 17. Juni: Bodo Hechelhammer (Hg.), *Dokumente der »Organisation Gehlen« zum Volksaufstand am 17. Juni 1953*, Berlin 2013.

2. Das Infratest-Programm: Zur Geschichte einer Wissensform

Infratest hatte bereits in den 1950er-Jahren Befragungen von DDR-Flüchtlingen durchgeführt und damit die Methodik des legendären »Harvard Project on the Soviet Social System« aufgegriffen. Diese Programme lieferten wichtige Impulse für die Betrachtung der Gesellschaften sowjetischen Typs, weil sie nicht vom politischen System und der Königsebene staatlicher Politik ausgingen, sondern einen *Bottom-Up Approach* wählten. Die eigentliche Überraschung in beiden Fällen waren allerdings die empirischen Befunde selbst. Die Zusammensetzung der Befragten aus Menschen, die den kommunistischen Systemen den Rücken gekehrt hatten, ließ eine schroffe Ablehnung der dortigen Verhältnisse erwarten. Doch in beiden Untersuchungen zeigte sich, dass unter den befragten Flüchtlingen positive Haltungen gegenüber bestimmten Aspekten erstaunlich stark verankert waren. Unter ehemaligen DDR-Arbeitern etwa genoss die Enteignung der Produktionsbetriebe verbreitete Zustimmung.¹⁵ Infratest erhielt dann 1968 vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (ab 1969: für innerdeutsche Beziehungen) den Auftrag für ein großes Umfrageprogramm zu »Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in der DDR«, das es bis 1989 in jährlichen Befragungswellen fortschrieb (ab 1983 unter dem Titel: »Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation. Einstellungen und Verhaltensweisen von DDR-Besuchern und DDR-Bewohnern«).¹⁶ Damit war dieser Faden einer stärker empirisch-soziologischen Kommunismusforschung wieder aufgenommen. Die Ergebnisse wurden allerdings – dies ist eine Gemeinsamkeit mit der ostdeutschen Demoskopie – zeitgenössisch nicht veröffentlicht, sondern lediglich in einer Handvoll Exemplaren an das Ministerium als Auftraggeber geliefert.¹⁷

15 Raymond A. Bauer/Alex Inkeles, *The Soviet Citizen. Daily Life in a Totalitarian Society*, Harvard 1959; die wichtigsten Infratest-Flüchtlingsstudien sind: Infratest (Hg.), *Angestellte in der Sowjetzone Deutschlands. Verhaltensweisen und gesellschaftliche Einordnung der mitteldeutschen Angestellten*, o.O. 1958; Viggo Graf Blücher, *Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone. Eine Untersuchung der Arbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ*, Stuttgart 1959, hier S. 14.

16 Infratest München, *Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in der DDR*, unveröffentlichtes Material (im Folgenden: Infratest DDR-Programm). Ich danke der langjährigen Programmleiterin Dr. Anne Köhler, München/Dießen, und Richard Hilmer, Infratest Dimap, Berlin, für die Erlaubnis zur Einsichtnahme in das Material und die überaus freundliche Unterstützung. Mein besonderer Dank geht ferner an Anja Schröter für die Aufbereitung der Daten.

17 Vgl. die jüngste Verwendung durch das Zentrum für Sozialforschung Halle in: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.), *Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Sind wir ein Volk? Kurzzusammenfassung der Ergebnisse*, Februar 2015. Zur Geschichte des Infratest-Programms: Jens Gieseke, *Demoskopie durch den Eisernen Vorhang – das Infratest-Programm »Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in der DDR« als Projekt und Quelle*, in: Daniela Münkler (Hg.), *Dem Volk auf der Spur*, Göttingen 2015 (in Vorbereitung).

Da Infratest aus methodischen und politischen Gründen keine Möglichkeit sah, direkte Befragungen von DDR-Bürgern durchzuführen, entschied sich das Institut für das indirekte Verfahren der Stellvertreterbefragung.¹⁸ Es befragte westdeutsche Besucher der DDR über die Ansichten eines von ihnen definierten Gesprächspartners in der DDR (der so genannten Person X), den sie dort besucht und mit ihm oder ihr ausführlich gesprochen hatten.¹⁹

Aus wissenschaftlicher Perspektive handelt es sich also um einen Nebenzweig der boomenden Demoskopie, der schon disziplinimmanent auf schwachen Beinen stand, weil er das Königskriterium der Repräsentativität für die eigentliche Zielgruppe, nämlich die DDR-Bevölkerung, nicht erreichen konnte: Wer in der DDR keine Westkontakte hatte bzw. haben durfte, war außen vor. Zudem war die Stellvertretermethode – jedenfalls nach Lehrbuchstandards – ausgesprochen angreifbar. Es wäre eine eigene Darstellung wert, wie und warum es Infratest trotzdem gelang, dieses Programm gegen alle Kritik zu verteidigen und über 22 Jahre hinweg fortzuführen. Und es zeichnen sich einige aufschlussreiche Befunde für Studien zur Rolle sozialwissenschaftlicher Methoden, ihrer Themensetzungen, semantischen Muster usw. in der Kommunismusrezeption der bundesrepublikanischen Gesellschaft ab, die die Debatte um den Wert solcher Materialien für Zeithistoriker bereichern könnten.²⁰

Gemessen an den eingangs skizzierten alternativen Quellenzugängen erweist sich das Infratest-Programm allerdings als eine dichte und ergiebige Datenserie. Bei näherem Hinsehen ist es auch weniger die – im Infratest-Marketing trotz aller Einschränkungen stets herausgestellte – demoskopische Präzision der Zahlen, als vielmehr die Fähigkeit zum empathischen Hinsehen und zu empirischer Offenheit in Themenwahl, Frageentwicklung und Interpretation, die den Reiz einer Verwendung als historische Quelle ausmacht. Interessanterweise trug gerade die ostdeutsche Herkunft der Programmleiterin Anne Köhler sowie wichtiger Mentoren (wie Leo Bauer) in den

18 Vgl. die Überblicke zu Methoden und Befunden bei Anne Köhler, Marschierte der DDR-Bürger mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: Uta Gerhardt/Ekkehard Mochmann (Hg.), *Gesellschaftlicher Umbruch 1945–1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse*, München 1992, S. 59-79; dies., Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1636-1675.

19 Die neue Methode stieß bei den Befragten zunächst durchaus auf Skepsis, weil man dahinter das MfS vermutete und Nachteile für die ostdeutschen Gastgeber befürchtete; vgl. ausführlicher: Gieseke, *Demoskopie durch den Eisernen Vorhang* (Anm. 17), und die geplante Monographie.

20 Vgl. Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 479-508; Christopher Neumaier/Bernhard Dietz, Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60 (2012), S. 293-304; Jenny Pleinen/Lutz Raphael, Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 173-196.

Bonner Ministerien – und zwar trotz ihrer eigenen Erfahrung von politischer Verfolgung und Haft in den 1950er-Jahren – dazu bei, dass es sich letztlich doch um mehr handelte als eine von den Demoskopen bis zu den Befragten westdeutsche Unternehmung. Das Material bleibt ein Blick durch die westdeutsche Brille auf die DDR-Gesellschaft, aber ein durchaus reichhaltiger und aufschlussreicher. Neben Umfang und Langfristigkeit entscheidend ist vor allem die Spezifik der Primärdatenproduktion. Die hier dokumentierten Auffassungen von Westdeutschen über die Ansichten ihrer ostdeutschen Gesprächspartner resultierten üblicherweise aus der typischen Situation des Besuchsgesprächs, die durch zwei Faktoren geprägt war: Zum einen trugen diese Gespräche in aller Regel ausgesprochen privaten Charakter und zielten damit auf eine Sphäre, die wir sonst am ehesten in Form von Tagebüchern repräsentiert finden, dann allerdings ohne jede statistische Repräsentativität. Zum anderen handelt es sich um ein vom westdeutschen Rapporteur erzeugtes Abbild der spezifischen kommunikativen Situation des Zusammentreffens und Austausches von Positionen und Gesellschaftsbildern zwischen ostdeutschen Verwandten oder Freunden und westdeutschen Besuchern, also einer Art »gelebten Systemvergleichs« auf Mikroebene. Jeder, der diese Situation einmal erlebt hat, weiß, wie intensiv, zuweilen auch schwierig und von Missverständnissen geprägt solche Gespräche waren. Sie produzierten und gewichteten bestimmte Themen, Fragen und Perspektiven in der Reflexion über die eigene Lebenslage und die eigene und die fremde Gesellschaft.²¹

All dies vorausgeschickt, ist es offenkundig, dass man die im Folgenden diskutierten Daten nicht als mathematisch präzise Veränderungen von Jahr zu Jahr interpretieren kann. Es handelt sich vielmehr um Trendaussagen, deren Gehalt jeweils kritisch zu beleuchten ist. Infratest selbst hat aus diesem Grund auf die Nennung von Zehntelprozenten verzichtet – und selbst bei der Verwendung der Daten in der gerundeten Form sollte man sich von der Scheinpräzision der nackten Zahlen nicht blenden lassen.

3. Einstellungen im Systemvergleich

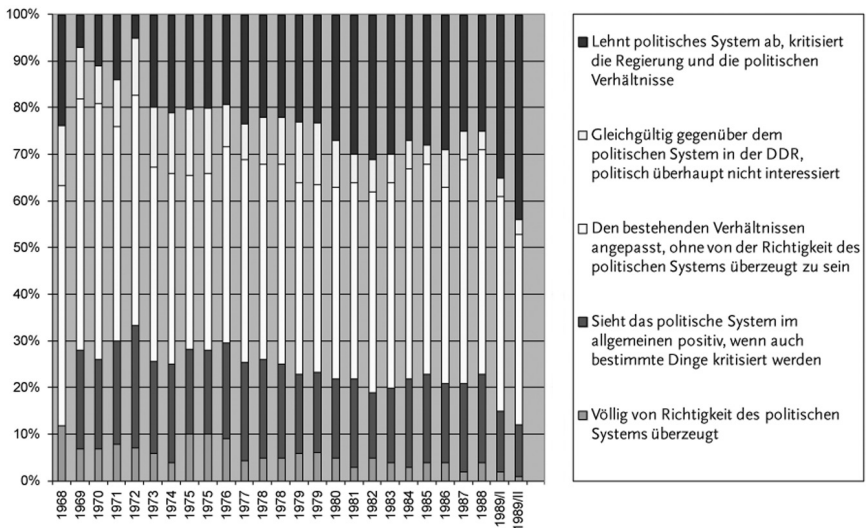
Was sagen also die Infratest-Daten über das Innere der DDR-Gesellschaft und über die Veränderungen im Vorfeld von 1989? Wie haben sich die grundsätzlichen Haltungen hinsichtlich der Akzeptanz des SED-Regimes sowie die Wahrnehmung von Handlungsdruck und Handlungsoptionen verändert? Welches waren die handlungsleitenden Themen? Waren es das Verlangen nach nationaler Einheit, die Unzufriedenheit mit der materiellen Lage oder der Wunsch nach Demokratie, um nur einige Gesichtspunkte zu nennen? Welche Werte aus dem Leben in der sozialistischen

21 Vgl. als eindrückliche Schilderung: Irene Böhme, *Die da drüben. Sieben Kapitel DDR*, Berlin 1982, erweiterte Aufl. 1983, S. 8-17.

Gesellschaft haben eher systemstabilisierend gewirkt, in der konkreten Situation der späten 1980er-Jahre aber ihre »Bremswirkung« für eine Handlungsbereitschaft gegen das Regime zeitweilig oder auf Dauer verloren?

Das Infratest-Programm liefert hierzu eine Fülle von Daten. Dabei ging es zum Beispiel um die Orientierung auf materielle Standards, aber auch darum, wie die DDR-Einwohner die Arbeitsbedingungen im Betrieb, die Umweltverschmutzung, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung oder die allgemeinen Lebens- und Zukunftschancen beurteilten.

Tab. 1: »Schauen Sie sich bitte eine Liste mit verschiedenen Einstellungen zum politischen System der DDR an und sagen Sie mir, welche Einstellung für Person X zutrifft.« (1968–1989, in Prozent)²²



Im Hinblick auf die Grundhaltung der ostdeutschen Bevölkerung zum SED-Regime und im deutsch-deutschen Kontext hatte man es Infratest zufolge mit fünf grob unterscheidbaren Typen zu tun:

1. einer politisch stark interessierten Gruppe mit ausgeprägter Orientierung am Westen,
2. einer Schicht von politisch eher desinteressierten Menschen,

²² Infratest DDR-Programm 1968–1989. Die Fragetexte variierten über den Programmzeitraum leicht und bedürfen einer politisch-semantischen Analyse, die hier unterbleiben muss. Stattdessen sind im Tabellentitel jeweils exemplarisch die Fragetexte von 1988/89 dokumentiert. In diesen und allen folgenden Daten des Infratest-Programms sind Werte für »nicht darüber gesprochen« nicht berücksichtigt, sondern lediglich die Daten derjenigen, die sich inhaltlich zur jeweiligen Frage geäußert haben. Differenzen zu 100 Prozent in der Summe ergeben sich aus Rundungen sowie aus der Kategorie »keine Angabe«.

3. einer relativ breiten Gruppe von angepasst lebenden DDR-Bewohnern, die ein mittelstarkes politisches Interesse aufwiesen und in der Regel die Lebensbedingungen in der Bundesrepublik eher bejahten als die in der DDR,
4. einer grundsätzlich positiv eingestellten Gruppe, die aber eine gewisse Kritikbereitschaft mitbrachte (die Gruppen 3 und 4 zusammen kamen mit Schwankungen auf rund 20 bis 30 Prozent in der Bevölkerung),
5. einer Minderheit von aktiven Systemträgern, die eine hohe, gleichsam bedingungslose Identifikation mit der DDR aufwiesen.

Die minoritäre Position der Systemträger im engeren Sinne zeichnet sich deutlich ab. Aufgrund der Westkontaktverbote gerade dieser Klientel gab es davon (auch nach Einschätzung von Infratest selbst) vermutlich mehr Personen als die Befragungsmethodik erfasste, doch ändert dies wenig an den Größenordnungen. Auch die relativ geringe Rolle einer vorbehaltlosen, gleichsam kämpferischen Westorientierung ist erkennbar – und damit die feinere Differenzierung von Haltungen in der ostdeutschen Bevölkerung, sowohl im Hinblick auf das generelle Interesse an Politik als auch auf spezifische Inhalte. Drittens schließlich zeigt sich trotz gewisser Schwankungen alles in allem eine erstaunlich stabile Situation bis 1988. In den frühen 1970er-Jahren waren die Werte noch positiver für die DDR, danach blieb die Verteilung seit etwa 1974 relativ stabil. Die eigentliche Destabilisierung bildete sich erst in den im Mai und August 1989 erhobenen Werten ab, also schon in der Mobilisierungsphase unmittelbar vor dem Beginn der Massendemonstrationen (mit einer gewissen Zeitverzögerung zwischen Besuch und Befragung). Erst dann zeigten sich ein starker Zuwachs bei den grundsätzlich Kritischen und ein starker Abfall bei den aktiven Systemträgern.

Diese globale Einordnung der Haltungen von DDR-Einwohnern bestätigt zunächst einmal das Bild, dass in der DDR-Gesellschaft neben einem harten Kern systemloyaler Kreise eine breite »schweigende« Mehrheit lediglich äußerlich angepasster Einwohner existierte. Zugleich differenziert sie in die andere Richtung: Als dezidierte Gegner wurde ebenfalls nur eine Minderheit wahrgenommen. Neben der ideologischen Zuordnung in der bipolaren Welt der Systemkonkurrenz spielte offenbar auch die generelle Nähe oder Distanz zu politischen Positionierungen überhaupt eine erhebliche Rolle. Mit einem Fragezeichen zu versehen ist hingegen die These einer hohen Stabilität bis »kurz vor Schluss«. Die Vorerwartungen und die Untersuchungsmethodik machten in dieser Hinsicht in doppelter Weise »blind« für sukzessive Veränderungen: Einerseits hatte Infratest zufolge eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung ohnehin eine distanzierte Haltung zum System. Die SED-Herrschaft galt somit ständig als potentiell instabil, was ihre gesellschaftliche Basis anbelangte. Andererseits entging den Befragten eine wichtige Veränderung in der Haltung der DDR-Einwohner in den Jahren vor 1989. Letztere begannen nämlich nun, ihre bislang privat geäußerte (und damit via Stellvertreter-Befragung erfasste) Kritik häufiger, schärfer und grundsätzlicher auch in der »Halböffentlichkeit« der DDR zu artikulieren, zum Beispiel in Versammlungen, bei politisch-literarischen Veranstaltungen oder gegenüber Vorgesetzten oder Parteisekretären. Diese schrittweise Eskalation und Emotionalisierung kritischer Statements registrierten sowohl die DDR-Demoskopie als auch die »zuständigen

Organe« des Partei- und Sicherheitsapparates der DDR erheblich genauer als Infratest, wenngleich vergeblich.²³ Das in den Westmedien und der DDR-Forschung gepflegte Bild einer alles in allem stabilen und aufgrund der sowjetischen Bestandsgarantie von akuten Gefährdungen verschonten DDR²⁴ bremste hier offenbar eine sensiblere Wahrnehmung des subkutanen Wandels auch durch die Befragten.

Dabei waren die westdeutschen DDR-Besucher in der Einschätzung der Ansichten ihrer jeweiligen »Person X« durchaus offen für feinere Differenzierungen. Infratest hat zu einer Vielzahl von Spezifika und Themen in der Systemkonkurrenz Haltungen der DDR-Bewohner abgefragt. Die höchsten relativen und absoluten Zustimmungswerte fand das DDR-System bei ihnen auf zwei Feldern: der Sicherheit der Arbeitsplätze und der »Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander«. Die Arbeitsplatzgarantie als Vorzug des sozialistischen Wirtschaftssystems spielte in den 1970er-Jahren aufgrund der relativ günstigen Arbeitsmarktlage im Westen noch keine zentrale Rolle – das änderte sich in den 1980er-Jahren. Wie die hohen Werte zeigen, findet sich hier eine klare Kontinuitätslinie zu den Problemlagen und daraus resultierenden Befragungsergebnissen der 1990er-Jahre. Allerdings wichen die Werte 1989 nach unten ab. Offenbar rückte die Gefahr der Arbeitslosigkeit, obschon grundsätzlich bekannt, im Zuge der heraufziehenden Systemkrise in den Hintergrund der Aufmerksamkeit.

**Tab. 2: »Sicherheit der Arbeitsplätze«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)²⁵**

	1971	1985	1986	1987	1988	1989
DDR	38	83	82	80	82	72
kein Unterschied	34	10	9	12	9	11
Bundesrepublik	24	7	8	8	8	17

23 Vgl. die ZIJ-Daten in Walter Friedrich/Peter Förster (Hg.), *Das Zentralinstitut für Jugendforschung 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*, Berlin 1999; zur MfS-Berichterstattung: Jens Giesecke, »Seit langem angestaute Unzufriedenheit breitet sich in den Stimmungsberichten des MfS, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 130-148; Daniela Munkel, Die DDR im Blick der Stasi 1989, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) H. 21-22, S. 26-32.

24 Vgl. exemplarisch: Theo Sommer (Hg.), *Reise ins andere Deutschland*, Reinbek 1986; Gert-Joachim Glaesner (Hg.), *Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft*, Opladen 1988.

25 Infratest DDR-Programm 1971, 1985–1989. Die Systemvergleich-Fragen waren übergreifend eingeleitet mit folgendem Vorspruch (hier zitiert nach Infratest DDR-Programm 1988, Frage 17): »Ich lese Ihnen einige Punkte vor, die mehr oder minder für die Lebensbedingungen in einem Staat zutreffen können. Bitte erinnern Sie sich genau an ihre Gespräche mit X und geben Sie nur Auskunft über die Punkte, über die sich X tatsächlich geäußert hat. Sagen Sie mir zu jedem dieser Punkte, ob er nach Meinung von X eher für die Verhältnisse in der DDR zutrifft, eher für die Verhältnisse in der Bundesrepublik zutrifft, oder ob X gesagt hat, daß hier seiner/ihrer Meinung nach kein wesentlicher Unterschied zwischen der DDR und der BRD besteht.«

Beim Thema »Hilfsbereitschaft« stiegen die Werte seit Anfang der 1980er-Jahre deutlich an, von 54 Prozent 1980 auf 64 Prozent 1985 (im Jahr 1989 dann 61 Prozent). Es liegt auf der Hand, dass dieser Punkt für die später in der »Ostalgie« zu Ehren gekommene Gemeinschaftlichkeit der DDR-Gesellschaft eine ambivalente Qualität darstellte. Er konnte einerseits als Ausdruck der angeblich menschenfreundlichen Beziehungen in der sozialistischen Gesellschaft gelesen werden, aber auch als Reaktion auf die nervtötenden Hindernisse des Lebensalltags und den Zwang zur Pflege der legendären »Beziehungen«, die einen erst in die Lage versetzten, sich mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Hinzu kommt, dass ein nicht geringer Teil Infratest zufolge keinen Unterschied zwischen DDR und Bundesrepublik sah, was damit zusammenhängen konnte, dass die Ostdeutschen bis Mitte der 1980er-Jahre mehrheitlich keine Möglichkeiten hatten, sich davon eine eigene Anschauung für die westliche Gesellschaft zu verschaffen.

**Tab. 3: »Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)²⁶**

	1973	1975	1980	1985	1989
DDR	48	55	54	64	61
kein Unterschied	44	36	39	25	29
Bundesrepublik	8	8	6	11	10

Umgekehrt lagen die klarsten Spitzenwerte des westdeutschen Systems wenig überraschend auf dem Gebiet der persönlichen Freiheit. Dieser Punkt war letztlich so selbstevident, dass sogar das Bundesministerium und Infratest fast durchweg darauf verzichteten, diese Frage überhaupt zu stellen. Deshalb liegen nur Werte für 1973 und 1989 vor, die allerdings an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig ließen.

**Tab. 4: »Persönliche Freiheit gewährleistet«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)²⁷**

	1973	1989
DDR	5	3
kein Unterschied	8	4
Bundesrepublik	86	93

26 Zum Fragetext siehe Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1973–1989, ausgewählte Jahre.

27 Fragetext wie Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1973, Frage 23, und 1989, Frage 18.

Die Einschätzung der allgemeinen Lebensbedingungen lässt – ähnlich wie bei der Einstellung zum politischen System – ein breites Mittelfeld erkennen, dem Infratest mit insgesamt stabilen Werten im Zeitverlauf eine Einschätzung als »so einigermäßen« zuordnete. An den Rändern des Spektrums zeichnet sich allerdings eine Verschiebung in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre ab: Um 1979 sanken die Werte »gut« und »sehr gut« erkennbar ab, und die ausdrücklich »schlechten« Bewertungen stiegen signifikant an.

Tab. 5: »Hielt die Person X die Lebensbedingungen im allgemeinen in der DDR für sehr gut, gut, so einigermäßen oder schlecht?« (in Prozent, 1968–1989)²⁸

	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78
sehr gut	3	4	3	3	3	3	2	4	4	3	2
gut	30	25	22	29	27	24	25	24	25	24	24
so einigermäßen	53	52	61	52	55	56	58	59	57	58	57
schlecht	14	19	13	16	15	16	14	13	14	14	16

	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89
sehr gut	1	2	1	2	1	4	1	2	2	1	2
gut	17	18	15	15	10	17	15	19	18	19	12
so einigermäßen	54	47	53	51	54	53	54	54	58	53	49
schlecht	28	33	30	32	35	26	29	24	21	27	37

Im Ost-West-Vergleich stand die Bundesrepublik stets als das wohlhabendere und in den Lebensbedingungen angenehmere System da. Hier ist ein Schub bereits für 1976/77 zu erkennen, durch den sich die Werte noch weiter zugunsten der Bundesrepublik veränderten. Er fällt zusammen mit ersten Signalen aus der DDR-Bevölkerung, dass die von Honecker in Aussicht gestellten Verbesserungen des Lebensstandards nicht im erhofften Ausmaß eintreffen würden, wie sich zum Beispiel in den Reaktionen auf den IX. SED-Parteitag und die »Kaffeekrise« zeigte.²⁹

28 Fragetext wie Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1968–1989.

29 Volker Wunderlich, Die »Kaffeekrise« von 1977. Genussmittel und Verbraucherprotest in der DDR, in: *Historische Anthropologie* 11 (2003), S. 240-261. Vgl. MfS, Information über erste Reaktionen unter der Bevölkerung der DDR auf die in Vorbereitung des IX. Parteitages veröffentlichten Materialien [Bericht O/21], 3.2.1976, in: <<http://www.ddr-im-blick.de>>; Mark Allinson, 1977: The Most Normal Year of the GDR?, in: Fulbrook, *Power and Society in the GDR, 1961–1979* (Anm. 9), S. 253-275.

Tab. 6: »Hielt die Person X die Lebensbedingungen im allgemeinen für besser in der DDR, besser in der Bundesrepublik oder gibt es nach Meinung von X keine wesentlichen Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten?« (in Prozent)³⁰

	1975	1976	1977	1980	1985	1986	1987	1988	1989
DDR	9	8	5	6	6	5	4	5	4
kein Unterschied	11	14	10	7	9	10	7	10	7
Bundesrepublik	79	78	84	87	85	84	88	85	89

Was diese eher globalen Zuordnungen anbelangt, kam Infratest also zu einem Profil, das eine für diese Methodentradiation typische differenzierte Befundlage zeigte, die mit den zeitgenössischen Bestrebungen eines empirisch genaueren, immanenten Blicks korrespondierte. Zugleich konnte das Ministerium die Daten aufgrund der offenkundigen West-Orientierung der DDR-Bevölkerung als Bestätigung für seinen politischen Auftrag lesen, sich ihr gegenüber in der Verantwortung zu sehen.

4. Lebensperspektiven zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit

Bemerkenswert sind die Befunde zu einigen Spezialthemen, von denen man annehmen würde, dass sie aus Sicht ihrer Bevölkerung eher als Stärken der DDR wahrgenommen worden wären. Dies gilt insbesondere für den programmatischen Egalitarismus des DDR-Staatssozialismus, für den etwa Eingabeanalysen oder Berichte von Partei und Staatssicherheit über Reaktionen auf sozialpolitische Maßnahmen oder entsprechende Parteitagebeschlüsse durchaus eine positive Resonanz erkennen ließen.³¹ Gerade bei diesen Themen ist es angebracht, die Zustimmungswerte nicht als direkte Präferenzen für einen der beiden Staaten zu lesen, sondern eher als Ausdruck von Wertorientierungen, die in den Gesprächen zwischen Ost- und Westdeutschen zum Ausdruck gekommen sind. Die Zuordnung zu Bundesrepublik und DDR in diesem Zusammenhang steht eher generell für staatssozialistische bzw. liberal-kapitalistische Ordnungsmodelle. Zudem ist naturgemäß gerade bei diesen Fragen die diffuse Wirkung der indirekten Methode zu bedenken: Die westdeutschen Befragten unterlagen ihren

30 Infratest DDR-Programm 1975–1989, ausgewählte Jahre.

31 Vgl. hierzu die Thesen in Mary Fulbrook, *The People's State. East German Society from Hitler to Honecker*, New Haven 2005.

eigenen Projektionen, die Personen X hatten im Gespräch möglicherweise Übereinstimmung mit dem westdeutschen Gast gesucht – oder aber reflexhaft die DDR verteidigt.

Auf die Frage, wo eher eine »gerechte Verteilung der Einkommen« zu erwarten sei, zeigte sich, dass »gerecht« nicht ohne weiteres mit »gleich« übereinstimmte. Einer knappen Mehrheit wurde hier die Position zugeschrieben, gerade die Ungleichheit des kapitalistischen Modells sei als gerechter zu betrachten. Im Zeitverlauf zeigt sich bei dieser Sicht allerdings eine abnehmende Tendenz, die möglicherweise (wenngleich verzögert) mit der zunehmenden Krisenwahrnehmung im Westen zu tun hat. 1989 kam es dann wiederum zu einer Kehrtwende: In der akuten Krise des östlichen Systems rückte die Wahrnehmung von (vermeintlichen) eigenen Chancen erneut in den Vordergrund. Mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs wurden sie wieder eine konkrete Handlungsoption. Eine Quelle dieser Wahrnehmung der kapitalistischen Gesellschaft als auf »gerechte« Weise ungleich war – so kann man vermuten – auch die hohe Sensibilität gegenüber den Einkommensstrukturen der eigenen Gesellschaft. Diese stellten sich in der Lebenserfahrung der Ostdeutschen als weit weniger egalitär dar, als es von der SED propagiert wurde. Zu den Privilegierungen fernab des Leistungsprinzips gehörten vielfältige Phänomene: die stärker an Systemloyalität als an schulische oder berufliche Leistungen gekoppelten Ausbildungs- und Aufstiegschancen, die Privilegienkultur der Parteikader (und auch der künstlerischen Intelligenz), die diffuse Selektionswirkung des Westgeldes als Zweitwährung (die DDR-Einwohner mit praktischen Fähigkeiten wie Handwerker und Kleinhändler bevorzugte), oder die relative Benachteiligung von mittleren Angestellten gegenüber Produktionsarbeitern. Die Gesellschaft der DDR wurde demnach von erheblichen Teilen der Bevölkerung als eine Ordnung der politisch induzierten Ungleichheit wahrgenommen.³²

**Tab. 7: »Gerechte Verteilung der Einkommen«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)³³**

	1973	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989
DDR	20	27	27	29	34	39	38	20
kein Unterschied	11	16	14	15	21	17	14	13
Bundesrepublik	68	56	58	55	45	44	47	67

32 Vgl. ausführlicher Jens Gieseke, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10 (2013), S. 171-198; Heike Solga, »Systemloyalität« als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR, in: *Berliner Journal für Soziologie* 4 (1994), S. 523-542.

33 Fragetext wie Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1973–1989, ausgewählte Jahre.

Noch etwas markanter trat diese Haltung bei der Frage nach der Geltungskraft des Prinzips »Gleiches Recht für alle« hervor. Hier mischte sich die Wahrnehmung von politisch-sozialer Ungleichheit mit derjenigen der Geltungskraft rechtsstaatlicher Strukturen im Verhältnis von Bürger und Staat. In den 1970er-Jahren schrieb Infratest zumindest phasenweise der Hälfte der DDR-Einwohner die Position zu, dieses Prinzip habe eher in der DDR Geltung oder sei zumindest relativ gleich verteilt. Doch in den folgenden Jahren verschoben sich die Akzente deutlich zugunsten des Westens. Gerade die Werte der späten 1980er-Jahre verweisen auf die Debatten um verbindliche Reisemöglichkeiten, eines der dominanten Themen seit der »gnadenweisen« Ausweitung der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten vor Honeckers Bonn-Besuch 1987 und der Weigerung der SED, sie auch in eine Rechtsgarantie zu gießen.

Tab. 8: »Gleiches Recht für alle«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)³⁴

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
DDR	19	21	22	19	14	14	12	19	14
kein Unterschied	19	26	30	24	21	26	18	20	24
Bundesrepublik	60	51	48	56	61	57	69	59	61

	1982	1983	1986	1987	1988	1989
DDR	10	11	14	12	12	11
kein Unterschied	21	21	21	16	16	14
Bundesrepublik	67	66	64	72	71	75

Wohlstandsansprüche und Anforderungen an die Lebensqualität, wie sie auch die DDR-Führung in der Programmatik der 1970er-Jahre als oberstes Ziel ansprach, werden mit der Frage nach den Gelegenheiten für Freizeit und Erholung beleuchtet. In der »Arbeitsgesellschaft« DDR, die von erheblich längeren Arbeitszeiten, kürzeren Urlauben und nicht zuletzt einem gegenüber Westdeutschland bescheidenen Tourismusangebot geprägt war, öffnete sich hier eine lebensweltlich unmittelbar spürbare Schere. Mitte der 1970er-Jahre stand die DDR-Seite in der Infratest-Wahrnehmung noch vergleichsweise gut da, doch ab 1980 dominierte die Bundesrepublik die Maßstäbe. Für

34 Fragetext wie Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1973–1989 (nicht gefragt: 1984, 1985).

die späten 1980er-Jahre liegen mit Ausnahme des Jahres 1989 keine Daten vor. Des-
sen (für die DDR-Seite leicht besseren) Werte waren möglicherweise schon durch die
neuen »Reisemöglichkeiten« via Ungarn geprägt.

**Tab. 9: »Gute Gelegenheiten für Freizeit und Erholung«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)³⁵**

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
DDR	24	22	20	24	19	22	13	13	14
kein Unterschied	34	34	30	33	31	27	19	19	29
Bundesrepublik	41	43	48	40	48	49	66	67	55

	1983	1985	1989
DDR	10	9	11
kein Unterschied	17	13	23
Bundesrepublik	72	77	66

So vorsichtig alle diese Daten zu deuten sind, zeigen sie durchweg wachsende Unzu-
friedenheit auf sehr unterschiedlichen Gebieten – und zwar trotz der zeitgenössisch
dominanten Wahrnehmung hoher Stabilität. Wie Frustration und Unzufriedenheit
kumulierten, kommt vielleicht am deutlichsten zum Ausdruck in der Frage nach den
Chancen, »im Leben zu etwas zu kommen« – also einer Perspektive, die sowohl auf
die Erwartungen an das eigene Leben als auch an das der Kinder und Enkel abzielte.
Die Bundesrepublik-Werte stiegen hier sukzessive von 49 auf 74 Prozent an. Dabei
bestätigt sich noch einmal, dass im Zuge der Ära Honecker das – in der Bevölkerung
durchaus positiv besetzte – Egalitäts-Paradigma an Relevanz verlor. Man kann dies
als illusionäre Fokussierung auf die positiven Seiten des westlichen Modells deuten,
aber auch als Ausdruck eines Wertewandels, der die Steigerung der materiellen und
immateriellen Lebenschancen höher gewichtete.

³⁵ Fragetext wie Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1974–1983, 1985, 1989.

Tab. 10: »Gleiche Chancen für alle, im Leben zu etwas kommen«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)³⁶

	1971	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
DDR	25	22	22	25	14	16	13	17
kein Unterschied	24	48	26	21	57	25	19	21
Bundesrepublik	49	28	51	53	26	57	67	61

	1981	1982	1983	1984	1986	1987	1988	1989
DDR	17	12	18	19	20	21	22	14
kein Unterschied	23	20	21	17	21	18	15	13
Bundesrepublik	59	67	60	63	58	61	63	74

Schließlich zur Gretchenfrage der deutschlandpolitischen Auftraggeber in Bonn: der Haltung zur deutschen Einheit und dem Wunsch nach Wiedervereinigung. Diese Frage war nach der Regierungsübernahme durch die konservativ-liberale Koalition in den Katalog aufgenommen worden. Demnach verspürten 1984 rund 82 Prozent der befragten DDR-Besucher selbst einen solchen Wunsch und schrieben 87 Prozent der DDR-Bewohner eben diesen zu.

Tab. 11: »Würden Sie / Würde X eine Wiedervereinigung wünschen, ablehnen oder ist Ihnen / X das gleichgültig?« (1984, in Prozent)³⁷

	eigene Ansicht (westdeutsche DDR-Besucher)	Ansicht von Person X (DDR-Bewohner)
wünscht	82	87
lehnt ab	4	6
gleichgültig	13	6

Diese Daten sind aufgrund der Stellvertreter-Methodik und der Unbestimmtheit des politischen »Wunsches« nicht sonderlich aussagekräftig. Infratest versuchte, diese Haltung etwas stärker zu differenzieren, wobei das Institut eher eine Einordnung in die Blockkonfrontation des Kalten Krieges vornahm als eine nach Gesellschaftssystemen,

36 Fragetext wie Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1971–1989 (keine Daten erhoben: 1972, 1973, 1985).

37 Infratest DDR-Programm 1984, Fragen 20 und 44.

zu der ja ein dichtes Profil von Präferenzen vorlag. Demnach war der Anteil derjenigen, die sich rundweg für das Modell der westlich eingebundenen Bundesrepublik aussprachen, mit 40 Prozent deutlich geringer (und auch kleiner als die entsprechende Zahl der westdeutschen Befragten). Daneben genossen Neutralität und Blockunabhängigkeit erhebliche Zustimmung – mit 35 bzw. 21 Prozent. Bei aller Westorientierung gab es also durchaus Vorbehalte, jedenfalls gegenüber der militärisch-politischen Blockkonfrontation und ihren Akteuren.³⁸ Die Übertragung des DDR-Modells auf Gesamtdeutschland kam mit 3 Prozent Zustimmung auch unter SED-Anhängern auf einen geringen Wert, selbst wenn man die eine Wiedervereinigung ablehnenden Anteile aus Tab. 11 hinzuzählt.

Tab. 12: »Unter welchen Bedingungen sollte eine Wiedervereinigung Ihrer Ansicht nach / nach Ansicht von X stattfinden? Was für ein System würden Sie / würde X da bevorzugen?« (1984, nur »wünscht« aus Tab. 11, Liste, in Prozent)³⁹

	eigene Ansicht (westdeutsche DDR-Besucher)	Ansicht von Person X (DDR-Bewohner)
ein kommunistisches System ähnlich wie die DDR	0	3
ein freiheitlich-demokratisches System		
– neutral, ähnlich wie Österreich	25	35
– in einem vereinten West- und Osteuropa, das unabhängig von der Sowjetunion und den USA ist	31	21
– verbunden mit der westlichen Welt, ähnlich wie zur Zeit die Bundesrepublik	43	40

Die Daten vermitteln eine doppelte Botschaft: Sie unterstreichen einerseits die starke Westorientierung der Ostdeutschen, bestätigen aber auch auf dem Feld der Block- und Sicherheitspolitik eine signifikante Eigenständigkeit der DDR-Bevölkerung, die sich nicht auf die Rolle eines »verhinderten Bundesbürgers« reduzieren lässt. Wie hier nur angedeutet werden kann, stand hinter diesen Präferenzen ein Bündel aus pazifistischer und dialogorientierter Grundstimmung, dem Gefühl, im kostspieligen

38 Zur Haltung der DDR-Bevölkerung im und zum Kalten Krieg vgl. Jens Gieseke, *Whom did the East Germans Trust? Popular Opinion on Threats of War, Confrontation and Détente in the GDR, 1968-89*, in: Martin Klimke/Christian Ostermann/Reinhild Kreis (Hg.), *»Trust, but Verify«. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969–1991*, Redwood City 2016 (in Vorbereitung).

39 Infratest DDR-Programm 1984, Fragen 20A und 45A.

Rüstungswettlauf der Supermächte mit den eigenen Interessen zurückstehen zu müssen, und einer gewissen Distanz auch zu den USA, die gerade unter der Reagan-Administration als gefährlicher internationaler Akteur wahrgenommen wurden.⁴⁰

5. Informationsressourcen und Mediennutzungsverhalten

Ein Feld, auf dem die genannte doppelte Botschaft konkreter greifbar wurde, ist das Mediennutzungsverhalten der DDR-Bevölkerung. Hier kam es mehr auf Beobachtung als auf wertende Einschätzungen der »Person X« an; zudem liegen aus der DDR-Demoskopie relativ dichte und gut aufbereitete Vergleichsdaten vor. Exemplarisch kann dabei der Fernsehempfang betrachtet werden. Anfang der 1970er-Jahre war die TV-Ausstattung nahezu flächendeckend: Über 80 Prozent der Haushalte waren mit einem Fernseher ausgestattet. Technisch möglich war der Empfang des West-Fernsehens auf rund 86 Prozent des DDR-Territoriums (mit Ausnahme des Raums Dresden und eines Gebietes im Nordosten der DDR).⁴¹ Nach den Antennenstürmereien der frühen 1960er-Jahre hatte sich auch das Feld der Agitation gegen den Westempfang allmählich beruhigt.⁴² Allerdings war der öffentliche Empfang weiterhin verpönt. Für Parteifunktionäre sowie Mitarbeiter des Ideologie- und Sicherheitssektors war das Westfernsehen grundsätzlich tabu, wenngleich sich nicht jeder daran hielt und es schon aus Gründen des Orientierungsbedürfnisses notwendig war, sich auf diesen Kanälen gelegentlich zu informieren. Da sie aufgrund ihrer ebenso eingeschränkten persönlichen Westkontakte in der Infratest-Zielgruppe unterrepräsentiert waren, ist der Anteil derjenigen, denen die Befragten keinen Empfang zuschrieben, mit Werten von 13 bis 17 Prozent in den frühen 1970er-Jahren und 6 bis 9 Prozent seit den späten 1970er-Jahren ausgesprochen niedrig, zumal hier Unschärfen in der Behandlung der Lücken in der territorialen Reichweite auftraten. (Für die Jahre 1971 sowie 1974 bis 1976 wurden DDR-Einwohner in solchen Reichweitelöchern mit jenen zusammengerechnet, die anderswo aufgrund eigener Entscheidung kein Westfernsehen schauten; die Werte sind deshalb höher.)

40 Ausführlicher in Gieseke, *Whom did the East Germans Trust?* (Anm. 38).

41 Vgl. Michael Meyen, *Denver-Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin 2003, S. 69.

42 Vgl. Franziska Kuschel, »Keine NATO-Sender mehr dulden«. Westmedien in der DDR der Sechzigerjahre, in: *Deutschland Archiv* 2/2012, <<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/74942/keine-nato-sender>>.

Tab. 13: »Wie oft sieht Person X Sendungen des Westfernsehens?« (in Prozent)⁴³

	1968	1970	1971	1972	1974	1975	1976	1977
regelmäßig/häufig	67	50	62	58	61	61	68	69
manchmal/gelegentlich/selten/nie	16	33	35	25	35	35	31	22
keine Gelegenheit/kein Empfang	17	13		14				6
Summe	99	96	97	97	96	96	99	97

	1978	1980	1981	1982	1983	1984	1988
regelmäßig/häufig	67	68	68	68	69	70	75
manchmal/gelegentlich/selten/nie	21	24	24	23	22	22	18
keine Gelegenheit/kein Empfang	7	8	7	9	8	8	7
Summe	95	100	99	100	99	100	100

Ansonsten gehörte das Westfernsehen im gesamten Betrachtungszeitraum zu den selbstverständlichen Freizeitbeschäftigungen, wie DDR-Umfragen aufgrund ihrer Frageumschreibungen (»Andere Sender«) erahnen lassen und diese Daten dicht belegen. Allerdings enthielten schon die frühen Infratest-Daten klare Hinweise darauf, dass DDR-Programme nicht durchweg geschmäht wurden. Zwar waren die Werte hier (sofern abgefragt) etwas niedriger, aber keineswegs zu vernachlässigen. Beim Radiohören war die Verteilung sogar nahezu ausgeglichen.

Tab. 14: »Wie oft sieht Person X Sendungen des Westfernsehens/DDR-Fernsehens?« Nur »häufig/regelmäßig« (in Prozent)⁴⁴

	1968	1970	1971	1972	1974	1974	1975	1976	1977	1978	1978
West	67	50	62	58	61	61	61	67	69	68	67
DDR		47	49	56	51	51	51	52			

	1980	1981	1982	1983	1984	1988
West	68	68	68	69	70	75
DDR					47	

43 Infratest DDR-Programm 1968, 1970–1972, 1974–1978, 1980–1984, 1988; zusammengefasste Werte.

44 Infratest DDR-Programm; West wie Tab. 13, DDR: 1970–1976, 1984.

Tab. 15: »Hört X westliche Radioprogramme/Radioprogramme der DDR?
Wenn ja, wie oft?« Nur »häufig/regelmäßig« (in Prozent)⁴⁵

	1970	1972	1974	1975	1976	1978	1980	1981	1982	1983	1984	1988
West		59	54	55	51	55	57	59	67	60	57	68
DDR	49	54	53	54	56			60	71	67	58	71

Wie die vom DDR-Fernsehen regelmäßig durchgeführte Zuschauerforschung zeigt, stand dahinter ein Fernsehverhalten, das vor allem auf Unterhaltung und Zerstreuung zielte und deshalb seine Präferenzen relativ wenig am Senderstandort ausrichtete. So wiesen – sowohl im West- wie auch im Ostprogramm – Shows, Serien und Spielfilme die höchsten Einschaltquoten auf. Im »Nebenher-Medium« Radio war es vor allem das Musikprogramm, das über die Einschaltpräferenzen entschied.⁴⁶

Für die westliche DDR-Beobachtung stand diese Unterhaltungsfunktion allerdings nicht im Vordergrund des Interesses.⁴⁷ Primär wollte man wissen, welchen Einfluss die Westmedien im Hinblick auf die Informations- und Nachrichtenfunktion hatten. In dieser Hinsicht bestätigten die Daten die These von der allabendlichen Ausreise zum Klassenfeind via TV-Antenne, trotz der aus Westsicht überraschend hohen Zuschauerzahlen für das DDR-Fernsehen. Politische Informationen wurden demnach nur von einer Minderheit über das DDR-Fernsehen empfangen. Die Daten sind nicht voll kompatibel, da 1968 bis 1970 nach Radio, 1974 nach Fernsehen gefragt wurde. Außerdem sollten die Respondenten 1968 und 1974 sagen, ob »mehr« bzw. »eher« DDR- oder Westsender genutzt wurden, während 1969 und 1970 die strengere Variante angeboten wurde, ob »nur« die jeweiligen Sender gehört wurden. Entsprechend unterschiedlich fallen die Ergebnisse aus. In der Zusammenschau wird deutlich, dass die kombinierte Nutzung der Informationsangebote relativ gängig war, wenngleich sich in der weicheren Fragevariante eine Präferenz für westliche Programme abzeichnete. Auch diese Daten korrespondieren mit dem geringen Zuspruch für die DDR-Nachrichtensendungen, wie ihn die DDR-Zuschauerforschung ermittelt hat. Demzufolge lagen die Einschaltquoten mit Werten deutlich geringer als 20 Prozent am unteren Ende der Rangliste aus den Angeboten des DDR-Fernsehens.⁴⁸

45 Infratest DDR-Programm 1970–1988, keine Daten für 1973, 1977, 1979, 1985–1987.

46 Meyen, *Denver-Clan* (Anm. 41); ders., *Einschalten, Umschalten, Ausschalten? Das Fernsehen im DDR-Alltag*, Leipzig 2003.

47 Lediglich in gelegentlichen Schwerpunktbefragungen wurde hiernach gefragt, mit ähnlichen Ergebnissen wie bei den DDR-Umfragen.

48 Meyen, *Denver-Clan* (Anm. 41), S. 93.

Tab. 16: »Hört bzw. sieht Person X politische Sendungen nur, mehr bzw. eher auf Westsendern oder DDR-Sendern?« (in Prozent)⁴⁹

	1968	1969	1970	1974
	Radio »mehr ...«	Radio »nur ...«	Radio »nur ...«	TV »eher ...«
DDR-Sender	17	12	9	10
Westsender	40	15	15	45
sowohl als auch	44	73	76	36
sieht in der Regel keine politischen Fernsehsendungen				10

1970 und 1972 schätzte Infratest, dass zwischen 70 und 83 Prozent der DDR-Einwohner die Informationen von Westfernsehen und -radio als meistens oder durchweg »wahr« einstufen würden, während die DDR-Informationen zu 66 Prozent (1970) von »zweifelhaftem« Wahrheitsgehalt und zu 22 Prozent als »völlig unglaubwürdig« bzw. zu 54 Prozent (1972) nur in »einigen« Fällen und zu 14 Prozent als »(fast) keine wahr« eingestuft worden seien.

Tab. 17: »Hält X die politischen Informationen der westlichen Sender/der DDR-Sender eigentlich fast alle für wahr, die meisten, einige, oder hält X fast keine der politischen Informationen westlicher Seite für wahr?« (Liste, in Prozent)⁵⁰

	1970		1972	
	Westsender	DDR-Sender	Westsender	DDR-Sender
objektiv / (fast) alle wahr	70	10	30	10
die meisten wahr			53	24
unterschiedlich, zweifelhaft	30	66		
nur einige wahr			15	54
völlig unglaubwürdig / (fast) keine wahr	0	22	1	14

49 Infratest DDR-Programm 1968–1970, 1974. Zusammengefasste Fragestellung.

50 Infratest DDR-Programm 1970, Fragen 70 und 74; 1972, Fragen 79 und 83. Unterschiedliche Antwortkategorien; der Fragewortlaut ist exemplarisch für 1972 dokumentiert.

Aufgrund unterschiedlicher Antwortangebote sind die Daten für 1970 und 1972 nicht voll kompatibel. Gleichwohl zeigen sie eine klare Verteilung, die den westlichen Medien eine erheblich höhere Glaubwürdigkeit zuschreibt. Sendungen wie die »Aktuelle Kamera« oder der »Schwarze Kanal« hatten in erster Linie für Funktionsträger des SED-Staates Bedeutung, wie Lehrer und Parteisekretäre, die sie wegen ihrer politischen Orientierungsfunktion schauten. Es handelte sich mithin eher um Nischenformate für die Ideologie- und Machtsicherungselite der DDR. Der größere Teil derjenigen, die sich per Fernsehen mit politischen Informationen versorgten, stellte sich seine eigene Mischung an Informationsressourcen zusammen, zu denen auch noch andere Medien wie Radio und Zeitungen kamen.⁵¹ Infratest selbst urteilte 1970, als es sich speziell mit der Medienrezeption der Neuen Ostpolitik anlässlich des DDR-Besuches von Bundeskanzler Willy Brandt beschäftigte: »Auch bei der Studie ›Brandt in Erfurt‹ bestätigte sich der schon früher von uns festgestellte Umstand, dass DDR-Bewohner – unabhängig von ihrer persönlichen politischen Gesinnung – generell mit sehr viel Interesse die westdeutschen Massenmedien (Rundfunk, Fernsehen) nutzen. Sie versuchen, möglichst von beiden Seiten Informationen zu gewinnen und die Argumente beider Seiten kennenzulernen.«⁵² Dieses Bild lag im Übrigen weitgehend auf einer Linie mit den einschlägigen Befunden des Ministeriums für Staatssicherheit, das schon seit den 1960er-Jahren davon ausging, dass für die Meinungsbildung des größten Teils der Bevölkerung die Positionen westlicher Medien stets eine entscheidende Rolle spielten.⁵³

6. Politikdistanz versus innere Demokratisierung – Haltungen zum »Politischen«

Wie eingangs dargelegt, war die Sensibilität des Infratest-Programms für Veränderungen in der politischen Gemütslage eingeschränkt: Befragte und Auswerter nahmen, dem generellen westlichen Bild folgend, aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen (sowjetischer Hegemonialanspruch, atomares Patt, stark ausgebaute Machtposition der SED) die Situation in der DDR als zwar unschön, aber stabil wahr. Gleichwohl liefern die erhobenen Daten – zumindest im Nachhinein – Signale zum Wandel der Politikverständnisse und der Ansprüche auf partizipative Politikformen.

Zunächst ein Blick auf das offizielle politische Leben der DDR: Die (nur bis 1983 erhobene) Beteiligung an Veranstaltungen von gesellschaftlichen Organisationen in der DDR zeigt eine stabile Aufteilung. Rund einem Drittel der DDR-Bewohner wurde

51 Vgl. Meyen, *Denver-Clan* (Anm. 41).

52 Infratest DDR-Programm 1970, Bericht, Bd. 1, S. 49.

53 Vgl. Gieseke, *Bevölkerungsstimmungen* (Anm. 12).

die häufige oder gelegentliche Teilnahme an offiziellen Veranstaltungen zugeschrieben, während rund zwei Drittel selten oder nie daran teilnahmen. Diese Verteilung illustriert das Bild eines posttotalitären Regimes, das eine durchgreifende Massenmobilisierung nicht mehr erreichte und offenbar faktisch auch nicht mehr anstrebte.

Tab. 18: »Wissen Sie, ob Person X im Rahmen von politischen oder sonstigen öffentlichen Organisationen, wie z.B. Parteien oder Verbänden, häufig, selten oder nie an Veranstaltungen teilnimmt?« (in Prozent)⁵⁴

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
häufig/gelegentlich	36	34	35	32	31	31	28	30	34	28	36
selten/nie	64	64	64	65	64	68	72	68	65	71	63

Zu den Spielregeln politischer Beteiligung gab es klare Vorstellungen bei den Befragten: Ein seit den späten 1960er-Jahren weithin stabiler Anteil von rund zwei Dritteln der DDR-Partner vertrat demnach die Auffassung, man müsse »sehr vorsichtig« sein mit dem, was man sage. Demgegenüber wurde rund einem Drittel die Haltung zugeschrieben, man dürfe »ruhig mal seine Meinung« äußern. Beide Statements spiegeln die Grundsituation politischer Kommunikation »von unten« in der DDR wider: Es gab eine Reihe von tabuisierten bzw. kriminalisierten Statements, die man in offiziellen Zusammenhängen besser für sich behielt; zugleich existierte aber diesseits jener Statements ein gewisser Raum für eigenständige Äußerungen.

Tab. 19: »Meint Person X eigentlich, dass man in der DDR in dem, was man tut oder sagt, sehr vorsichtig sein muss, oder glaubt Person X, dass man ruhig einmal seine Meinung äußern darf?« (in Prozent)⁵⁵

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1977	1978	1986	1988
man muss sehr vorsichtig sein	76	69	67	61	66	67	63	69	67	69	66
man darf ruhig mal seine Meinung äußern	24	30	33	39	34	31	37	31	33	31	34

54 Infratest DDR-Programm 1973–1983, zusammengefasste Werte.

55 Infratest DDR-Programm 1968–1974, 1977–1978, 1986, 1988.

Zwei weitere Fragen zielten direkt auf politisches Interesse und politische Zufriedenheit der DDR-Einwohner. Das »politische Interesse« hatte Anfang der 1970er-Jahre noch hohe Werte, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts absanken und erst Ende der 1980er-Jahre erneut anstiegen. Bedauerlicherweise gibt es hier eine Lücke in der Datenerhebung für 1986 und 1987, so dass dieser Repolitisierungsschub nicht exakter datiert werden kann.

Tab. 20: »Können Sie mir sagen, ob sich Person X für die aktuellen Ereignisse aus der Politik und dem öffentlichen Leben sehr stark, ziemlich stark, durchschnittlich, wenig oder überhaupt nicht interessiert?« (in Prozent)⁵⁶

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
sehr/ziemlich stark	44	41	36	33	38	32	32	36	29
durchschnittlich	37	33	37	37	39	39	38	41	44
wenig/überhaupt nicht	17	24	22	29	23	29	29	22	23

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1988	1989
sehr/ziemlich stark	33	36	37	36	37	38	30	44	45
durchschnittlich	39	41	44	44	42	43	46	45	42
wenig/überhaupt nicht	27	24	19	19	22	18	24	12	13

Die Frage nach den politischen Zufriedenheitstrends in der DDR lieferte eine relationale Ergänzung. Gleichviel, ob die DDR-Partner die Situation grundsätzlich positiv oder negativ bewerteten, lässt sich hier ablesen, ob sie eher einen Aufwärts- oder Abwärtstrend empfanden – ein wichtiger Indikator für die vorrevolutionäre Situation. Die Wahrnehmung der politischen Verhältnisse als »unverändert« dominierte das Bild bis 1988 mit Werten zwischen 52 und 74 Prozent. Verschlechterungen hatten überdurchschnittlich hohe Werte um 1980/81 herum, während der höchste Wert für eine Verbesserung 1987 (mit 9 Prozent) registriert wurde, dem Jahr des Honecker-Besuchs in Bonn und der damit einhergehenden stark erweiterten Westreisemöglichkeiten für DDR-Bürger. Die Zuspitzung des Jahres 1989 wurde (bei Umfragen im Mai und August) als massive Verschlechterung der politischen Zufriedenheit rezipiert – nicht etwa schon als befreiender Aufbruch.

⁵⁶ Infratest DDR-Programm 1970–1989, keine Daten für 1986/87.

Tab. 21: »Bitte sagen Sie mir zu jedem Punkt, ob Ihnen auf diesem Gebiet gegenüber früheren Reisen in die DDR eher Verbesserungen aufgefallen sind oder eher Verschlechterungen oder ob Sie den Eindruck haben, dass sich auf diesem Gebiet in der DDR nichts geändert hat: ... Zufriedenheit der DDR-Bürger mit den politischen Verhältnissen in der DDR«⁵⁷

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
hat sich verbessert	6	3	2	1	3	2	3
hat sich nicht verändert	67	54	52	62	54	63	69
ist schlechter geworden	27	42	45	37	42	35	28

	1985	1986	1987	1988	1989/I	1989/II
hat sich verbessert	5	4	9	5	2	1
hat sich nicht verändert	71	74	72	59	47	28
ist schlechter geworden	23	21	19	35	51	71

Infratest selbst kam 1987 vor dem Hintergrund dieser Daten zu einem ebenso schlüssigen wie fatalistischen Bild (das allerdings falsch war, wie sich zwei Jahre später erweisen sollte): »Über die Hälfte der Bevölkerung zeigte sich gegenüber politischen Fragen weitgehend opportunistisch. Sie beurteilen zwar die Lebensbedingungen in der Bundesrepublik in der Regel als den eigenen weit überlegen, sehen darin aber keinen Grund, eine für die Besucher erkennbare Oppositionshaltung gegenüber dem eigenen System einzunehmen. Den politischen Verhältnissen in der DDR haben sie sich längst angepasst.«⁵⁸

Schließlich gibt es allerdings einen etwas versteckten und rätselhaften Befund, der einen subkutanen Wandel des Politikverständnisses zumindest andeutet. Mit einer wohl nur unbewusst mehrdeutigen Formulierung fragte Infratest nämlich danach, ob eher in der Bundesrepublik oder in der DDR eine »rege Anteilnahme der Bürger am politischen Leben« gegeben sei.

57 Infratest DDR-Programm 1978–1989. Basis sind DDR-Besucher, die schon mehrmals in der DDR waren.

58 Infratest DDR-Programm 1987, Bericht, S. 69.

Tab. 22: »Rege Teilnahme der Bürger am politischen Leben«
(trifft nach Ansicht von X eher zu auf ..., in Prozent)⁵⁹

	1973/74	1978	1983	1988	1989
DDR	73	44	44	35	30
darunter ...					
Männer	79	47	46	36	32
Frauen	68	41	42	34	27
Arbeiter	74	48	44	32	27
Angestellte	74	48	48	39	34
Rentner	63	33	42	30	32
Hausfrau	76	44	29	22	18
Typ B (BRD-affin)	[50]	31	40	30	28
Typ C (DDR-affin)	[90]	78	79	58	49
kein Unterschied	17	25	27	27	29
Bundesrepublik	10	28	29	37	42
darunter ...					
männlich	10	24	28	34	38
weiblich	9	31	29	41	46
Arbeiter	11	24	28	37	44
Angestellte	10	23	29	34	40
Rentner	12	28	28	44	38
Hausfrau	10	29	26	39	63
Typ B (BRD-affin)	[29]	43	34	44	46
Typ C (DDR-affin)	[2]	4	3	17	23

59 Fragetext wie Tab. 2. Infratest DDR-Programm 1973–1989, ausgewählte Jahre. Die Daten für die Typen B und C für 1973 stammen aus dem Jahr 1974, da erst in jenem Jahr die Typologie erstmals angewendet wurde.

Hier zeichneten sich – im Lichte der anderen Daten überraschend – in den frühen 1970er-Jahren sehr hohe Werte für die DDR ab, die danach bis Mitte der 1980er-Jahre auf einem Niveau von rund 40 bis 50 Prozent blieben und ab 1987 zugunsten der Bundesrepublik umschlugen. Schon die Mehrfachspiegelung der Fragekonstellation (westdeutsche Befragte schätzen ein, wie ihre ostdeutschen Partner über die politische Anteilnahme im Westen bzw. Osten urteilen) verstellt eine klare Interpretation. Zum anderen ist mehrdeutig, was unter »Anteilnahme« zu verstehen ist. Die scheinbar naheliegende Annahme, Mary Fulbrooks These von der »partizipativen Diktatur«⁶⁰ fände hier ihre Bestätigung, kann man aufgrund des Kontextes ausschließen: Eine solche Sicht hätte dem Blick von Infratest und westdeutschen Befragten diametral widersprochen, wie die dargelegten Daten zu verwandten Fragestellungen zeigen.

Die Werte resultieren vielmehr aus drei Strömungen: Besonders hohe DDR-Werte traten durchweg beim Typus des parteitreuen DDR-Anhängers auf, der tatsächlich das paternalistisch-autoritäre Politikmodell der »vertrauensvollen« Führung durch die SED als partizipative »Anteilnahme« im Sinne der Parteipropaganda begriff. In der von Infratest entwickelten Typologie der DDR-Einwohner erreichte die DDR bei dieser Minderheit Spitzenwerte von um die 90 Prozent in den frühen 1970er-Jahren und rund 80 Prozent bis Mitte der 1980er-Jahre.

Zweitens wurden auch den eher majoritären distanzierten Milieus bis Mitte der 1980er-Jahre relativ hohe Werte für die DDR zugesprochen. Selbst der am stärksten pro-westliche Infratest-Typus hielt die DDR demnach für das Land mit dem größeren Maß an politischer »Anteilnahme« der Bevölkerung als die Bundesrepublik. Zwar gab es jeweils leicht höhere Werte für Männer sowie Angestellte als für Frauen, Arbeiter, Rentner und Hausfrauen, doch die Abweichungen vom Durchschnittswert waren relativ gering. Als »Anteilnahme« wurden hier offenkundig die inszenierten Politikformen begriffen (kollektive Zustimmungserklärungen, Reproduktion von Parteilosungen, Versammlungen, Kundgebungen etc.), die gerade nicht auf einer individuellen Willensartikulation beruhten. Demgegenüber galt die Bundesrepublik offenbar über lange Zeit als Land, in dem es eine solche Verpflichtung zur politischen »Aktivität« nicht gab, in dem man also ungestört ein politikfernes Leben führen konnte, wenn einem danach war.⁶¹ Im Guten wie im Schlechten galt das paternalistisch-autoritäre DDR-Modell also lange Zeit als jenes, in dem es ein höheres Maß der Anteilnahme an »Politik« gab.

Dieses Grundmuster wurde – drittens – allerdings durch zwei Faktoren überlagert. Zum einen sind die besonders hohen Werte für die frühen 1970er-Jahre nach Tiefensondierungen von Infratest (Gruppeninterviews, offene Fragen) stark an das Interesse für den deutsch-deutschen Verhandlungsprozess gekoppelt, und zwar in allen Bevölkerungskreisen. Das Milieu der »Distanzierten« versprach sich von den Verhandlungen

60 Fulbrook, *The People's State* (Anm. 31), S. 235-290.

61 Vgl. als gegenläufige Analyse der tatsächlichen Trends im Westen: Nina Verheyen, *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des besseren Arguments*, Göttingen 2010.

nachhaltige Verbesserungen der eigenen Lebenssituation. Eigentliche Adressaten waren die Bundesregierung und Willy Brandt persönlich, von denen man dort erwartete, dass sie die Interessen der DDR-Einwohner vertreten würden. Insofern bezog sich die hohe »Anteilnahme« der DDR-Bewohner selbst gerade nicht auf die Rituale des Partei-staates. Vielmehr partizipierten sie am politischen Geschehen durchaus auf der Basis autonomer Meinungsbildung und mit starken Erwartungen – und nahmen wiederum die Bundesbürger in diesem Punkt als vergleichsweise unengagiert wahr. Faktisch war diese Anteilnahme auf die Rolle der passiv »Hoffenden« gegenüber Bonn beschränkt, zumal auf die eigene Regierung in solchen Fragen (Grenzregime, Reisemöglichkeiten) kein Druck ausgeübt werden konnte und die Interessenbindung zur Bundesregierung nicht durch politische Verfahren (Wahlen, politische Öffentlichkeit etc.) gestützt war. Mit dem Rücktritt Brandts und dem vorläufigen Ende des Verhandlungsprozesses schmolz dieser Surplus an gleichsam virtueller politischer Partizipation deshalb signifikant ab.

Zum anderen hatte sich Ende der 1980er-Jahre das Politikverständnis verschoben: Die Relevanz des DDR-Modells »gesellschaftlicher Aktivität« nahm sukzessiv ab, und zwar sowohl bei denen, die solche Aktivität aus innerem Antrieb wahrnahmen, als auch bei jenen, die sich lediglich fügten. Selbst beim Typus der parteitreuen DDR-Einwohner kam es zu einem (relativen) Absturz der Zahlen zugunsten der DDR auf zuletzt 49 Prozent.⁶² Während in diesem Milieu bis weit in die 1980er-Jahre praktisch niemand der Auffassung gewesen war, die Bundesrepublik biete ein höheres Maß an politischer Anteilnahme, stieg dieser Wert bis 1989 selbst hier auf 23 Prozent an.

In den Gesamtwerten galt spätestens ab 1987 die Bundesrepublik als die »politischere« der beiden Gesellschaften. Die Verfahren und Inhalte des westlichen Politikverständnisses wurden nun als relevanter eingestuft und demzufolge die Situation in der DDR als defizitär wahrgenommen – im Vergleich zur Bundesrepublik (die ab 1986/87 viele DDR-Einwohner erstmals selbst in Augenschein nahmen), aber wohl auch zur Sowjetunion unter Gorbatschow. Der Verfall der inszenierten Politikformen wurde den Infratest-Daten zufolge besonders stark von Arbeitern und (der allerdings ausgesprochen kleinen Gruppe der) Hausfrauen wahrgenommen – hier wendeten sich die Werte am stärksten zugunsten der Bundesrepublik. Auf den Gedanken, die erstarrte DDR – in welchem Sinne auch immer – als Ort der Anteilnahme am »Politischen« zu verstehen, kam jenseits des schrumpfenden Kerns der parteiloyalen Kräfte kaum jemand mehr.

62 Auf eine vollständige Dokumentation der einschlägigen Detaildaten muss hier aus Gründen von Platz und Übersichtlichkeit verzichtet werden.

7. Ausblick

Nimmt man die gängigen Interpretationen der DDR-Geschichte zur Hand, finden sich unschwer Bezüge und Belege in den Infratest-Stellvertreterbefragungen: für den Materialismus aus Wolfgang Englers »Arbeiterlichkeit«, die Gewöhnung an die Rituale des Parteistaates aus Mary Fulbrooks Normalität der »partizipativen Diktatur«, das Bewusstsein für die Unfreiheit in Klaus Schroeders »spättotalitärem Versorgungs- und Überwachungsstaat« oder die dauernde Distanz zum Regime, das dadurch Armin Mitters und Stefan Wolles »Untergang auf Raten« geweiht war.⁶³ Und doch geht das Bild von der DDR-Gesellschaft, wie es Infratest präsentiert hat, in keiner dieser Deutungen auf. Das Massiv an Eigensinn in und unter der SED-Diktatur, wie es schon in den eingangs erwähnten mikrohistorischen Studien exemplarisch erkundet worden ist, gewinnt hier deutlich an Profil und ermöglicht es, die DDR-Bürger als gesellschaftliche Subjekte genauer zu vermessen – über die bloße Feststellung der Existenz von Interessen, Identitäten und Weltansichten hinaus. Dieser Blick auf Revolution und Vereinigungsgesellschaft lässt sich in drei Perspektiven zusammenfassen.

Erstens unterstreichen die Daten, wie intensiv der Blick auf die westdeutsche Konkurrenzgesellschaft die Selbstwahrnehmung und -positionierung der DDR-Bevölkerung beeinflusste. Das gilt für den materiellen Lebensstandard, die Perspektiven auf ein erfülltes Leben und auch die Vorstellungen von Demokratie und Politik. Demgegenüber war die gesellschaftliche Basis der kommunistischen Diktatur stets auf eine Minorität von (je nach Kriterium) 10 bis 30 Prozent der Bevölkerung beschränkt, die das Wertangebot als Ganzes und die damit verbundenen Vorstellungen von politischer Partizipation verinnerlicht hatte.

Wie Infratest jedoch deutlich herausarbeitete, lässt sich der Werthaushalt der Bevölkerungsmehrheit keineswegs auf diese dichotomische Aufspaltung reduzieren. Dies verweist darauf, dass sich die Befunde nicht in den zeitgenössischen Perzeptionen der westdeutschen Befragten erschöpfen, und das macht die Ergebnisse gleichermaßen irritierend wie reizvoll. Breite Kreise in der DDR waren demnach nämlich weder im liberal-kapitalistischen noch im staatssozialistischen Sinne sonderlich ideologisch präformiert. Vielmehr waren sie in ihren Prioritäten vor allem durch eine durchgreifende Pragmatik im Hinblick auf ihre materiellen und immateriellen Lebenschancen geprägt. Dies brachte aufgrund der höheren Leistungsfähigkeit des bundesrepublikanischen Modells zwar die geschilderte Präferenz für den Westen mit sich, beinhaltete aber durchaus eine konditionale Offenheit für Angebote des sozialistischen Systems.

63 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999; Fulbrook, *The People's State* (Anm. 31); Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*, München 1998; ders., *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990*, vollständig überarb. und stark erweiterte Neuaufl. Köln 2013; Armin Mitter/Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993.

Ausgangspunkt der Wertorientierungen war der erfahrungsgesättigte Blick auf das Leben in der DDR-Gesellschaft, auf die tatsächlichen Möglichkeiten, bestimmte Berufswege einzuschlagen, es zu Wohlstand zu bringen oder den eigenen Kindern eine gute Lebensperspektive zu bieten. Was das konkret bedeutete, war je nach sozialer Position unterschiedlich. Auffällig ist übergreifend das präsenste Bewusstsein für die »Anormalität« der ummauerten Teilungsgesellschaft und die Bevormundung durch die Parteiherrschaft. Dazu gehört auch ein geradezu überscharfer Blick auf Ungleichheit im staatssozialistischen Modell – hier wendete sich der propagierte Egalitarismus gleichsam gegen seine Urheber.

Zu diesem differenzierten und relativ eigenständigen Blick gehörte übrigens auch ein Bewusstsein für Schwächen und Risiken des westlichen Systems, das allerdings im Vorfeld der Revolution unter dem Einfluss persönlicher Eindrücke von Westreisen sowie der Wahrnehmung von Krise und Verfall im eigenen Land in den Hintergrund rückte. In den späten 1980er-Jahren überstrahlten immer stärker die persönlichen Erwartungen an Potentiale und Aufstiegschancen im westlichen System das an sich vorhandene Wissen um die Schattenseiten. Viele Aspekte dieser Grundorientierung kamen nach der Euphorie der Herbstrevolution ab 1990 wieder an die Oberfläche und wirkten in den Haltungsprofilen während der Vereinigungskrise fort, nun befeuert durch die Desillusionierung erheblicher Teile der ostdeutschen Bevölkerung im Angesicht von Arbeitslosigkeit und geringerer sozialer Absicherung. Zwar wollte kaum jemand die DDR zurückhaben, aber die Erinnerung an eine ganze Reihe von Wertangeboten war auffällig stark.

Zweitens ergab sich aus dem – grob gesagt – dreigeteilten Haltungsprofil der DDR-Bevölkerung (Systemträger – schweigende Mehrheit – aktive Gegner), dass die Verschmelzung von organisierter Opposition und breiter Bevölkerung in der Bürgerrechtsbewegung des Herbstes 1989 eine ambivalente Basis hatte. Die stärkste Differenz ist wohl im hohen Stellenwert von pragmatischen, nicht-idealistischen Wert- und Zielorientierungen zu sehen. Sowohl die Westorientierung hinsichtlich des Lebensstandards als auch die relativ starke Akzeptanz von DDR-Systemeigenschaften wie sozialer Sicherheit und Ordnung trennte breitere Bevölkerungskreise von den Bürgerrechtlern, die von einem eher idealistischen und emanzipatorischen Politikverständnis sowie einer konsumkritischen und reform-sozialistischen Programmatik ausgingen. Entsprechend schnell verloren jene Repräsentanten der Opposition an Rückhalt, die an diesem Werthorizont festhielten.

Drittens überlagerten sich in den Haltungen der Ostdeutschen zur Politik mehrere Tendenzen, die sich allerdings mit dem hier verwendeten Instrumentarium nur vorläufig umreißen lassen. Lediglich eine Minderheit hatte den autoritär-paternalistischen Modus der »sozialistischen Demokratie« unter Führung der SED als Partizipation im engeren Sinne verinnerlicht. Ein erheblicher, letztlich jedoch nicht quantifizierbarer Teil war hingegen durch das repräsentativ-pluralistische Vorbild der Bundesrepublik beeinflusst und nahm lebhaften Anteil am dortigen politischen Leben – insbesondere dann, wenn es unmittelbare Relevanz für die eigene Lage hatte, wie in der Ära Brandt. Insofern adaptierten die DDR-Bewohner durchaus Demokratiediskurse und Elemente

politischer Kultur, nicht zuletzt in Form von personalisierenden Vertrauensbeziehungen zu einzelnen Politikern, was der staatssozialistischen Funktionärskultur trotz einschlägiger Bemühungen fremd blieb. Parteipolitische Milieubildungen (jenseits der SED) prägten sich hingegen unter dem Einfluss pragmatischer Ideologieförderung aus bzw. waren im betrachteten Zeitraum im Verschwinden begriffen. Zugleich begünstigten die obrigkeitstaatliche Grundstruktur der DDR und die rituelle »Als-ob-Partizipation« das Fortleben von Traditionsbeständen deutscher politischer Kultur in Form von genereller Politikferne, einer Vorliebe für eher kleinräumige Vergemeinschaftungen und einer Abneigung gegen Heterogenität und zivile Konfliktkultur.

Insofern ist der Befund für die langfristigen Demokratisierungseffekte im Nachkriegs-Ostdeutschland ambivalenter, als es die machtvollen Bilder der Massendemonstrationen des Herbstes 1989 und der Revolutionsstolz der Geschichtspolitiker nahelegen. Die erneute Aufspaltung zwischen Bevölkerungsmehrheit und Bürgerrechtlern nach dem 9. November, der sehenden Auges eingegangene Verzicht auf die eigene Gestaltungsfreiheit im Moment des Triumphes und die Übergabe des Gemeinwesens in die Handlungslogiken des gleichermaßen vertrauten wie doch äußerlichen Systems der Bundesrepublik hatten ihre Ursache offenkundig auch in der subkutanen politischen Kultur, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen war.

Dr. Jens Gieseke

Zentrum für Zeithistorische Forschung

Am Neuen Markt 1 | D-14467 Potsdam

E-Mail: gieseke@zzf-pdm.de